

Rüdiger Hachtmann

1848

Revolution in Berlin

BeBra Verlag



Rüdiger Hachtmann

1848

**Revolution
in Berlin**

BeBra Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra verlag, Medien und Verwaltungs GmbH
Berlin-Brandenburg, 2022
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebraverlag.de
Lektorat: Traudl Kupfer, Berlin
Umschlag und Satz: typegerecht berlin
Schriften: Sofia, Minion
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
ISBN 978-3-8148-0261-9

www.bebraverlag.de

Inhalt

»Zu den Waffen!«	9
Eine Stadt im Aufbruch: Berlin im Vormärz	15
»Ein Magnet, der die Armut anzieht«	15
Die Kartoffelrevolution	19
Die Berliner Universität	22
Die Dissidentenbewegungen	23
Unterdrückte Meinungs- und Vereinigungsfreiheit	24
Am Vorabend der Märzrevolution	29
Konflikte zwischen Volk und Militär	31
Die Barrikadenkämpfe	34
Ein »Strom von Blut«	34
Der Verlauf der Kämpfe	37
Rückzug des Militärs	39
Verschwörungstheorien als treibende Elemente	42
Gerüchte als Nachrichtenersatz	44
Wer stand auf den Barrikaden?	45
Aktiv dabei: »Frauen der niedrigsten Volksklasse«	47
Die Verluste der Truppen	48
Die ersten Tage nach der Märzrevolution	49
19. März: Die Aufbahrung der Toten	49
20. März: Gelebter Völkerfrühling	52
21. März: »Ein großer politischer Streich«	54
22. März: Ein »Staatsbegräbnis von unten«	56

Im Revolutionsrausch	62
Die große Politisierung	64
Der Lindenklub und andere »politische Ecken«	66
Volkspresse und Straßenliteratur	68
Zwischen allen Stühlen: die Bürgerwehr	69
»Clubs, so zahlreich, wie das Jahr Tage hat«	73
Die demokratischen Vereine	73
Liberaler und konservativer Vereine	75
Je jünger, desto »feuriger«	77
Die Wahlen zu den Nationalversammlungen	79
Basisdemokratie in Vereinsform	81
Frauen in der Revolution	84
»An allen Straßenecken politisierende Frauen«	84
»Im wilden Streit der Männer die Grazie bewahren«	87
Demokratische Frauenklubs	88
Das Frauenbild in den Unterschichten	90
Brotproteste, Börsenpanik und Arbeitertumulte	93
»Volkspolizei« und Brotkontrolle	94
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	95
Der »Volksfreund« Gustav Adolf Schlöffer	97
Das Recht der Revolution	99
Die Befriedung der Erdarbeiter	101
Streiks, Rebellionen und Katzenmusiken	102
Selbstorganisation der Gesellen und Arbeiter	102
Rebellionen im Arbeitshaus	104
Berlin im Katzenmusikfieber	108

Protestantismus und Judenfeindschaft	111
Die Haltung der protestantischen Kirche	112
Kritik an Demokraten und Liberalen	114
Judenhass unter Geistlichen	116
Ressentiments am Hof und im Militär	118
Jüdische Emanzipation?	120
Märzministerien und Nationalversammlungen	123
Ludolf Camphausen: Der »Blitzableiter der Revolution«	124
Vom Vereinigten Landtag zur Preußischen Nationalversammlung ...	128
Das Ende des zweiten Märzkabinetts	130
Die Deutsche Nationalversammlung – aus Berliner Perspektive	131
»Preußische Nation« oder deutsche Einigung?	133
Das »Großdeutschland der Paulskirche«	135
Wendepunkte der europäischen Revolution	139
Die Rückkehr des Prinzen von Preußen	141
Die verweigerte »Anerkennung der Revolution«	142
Der heimliche Abtransport von Waffen aus dem Zeughaus	146
Der Sturm auf das Zeughaus	148
Politische Polarisierung	151
Die Pariser Junischlacht	154
Die Folgen von Zeughaussturm und Junischlacht	156
Ruhe vor dem Sturm	158
»Charlottenburger Vesper«	158
Die Schlacht auf dem Köpenicker Feld	160
Die Revolte des Potsdamer Füsilier-Bataillons	163
»Hunderte von Soldaten in den Klubs«	166
Wien in den »Fesseln der Zwingherrschaft«	170

Das Ende der Berliner Revolution	176
Johann Jacoby und der 2. November	177
Die Gegenrevolution	181
Rückkehr des Militärs und passiver Widerstand	182
Die Ausrufung des Belagerungszustandes	184
Nachmärz	190
Die Abgeordnetenhauswahlen vom Januar 1849	193
Keine nationale Einheit ohne demokratische Rechte	195
»Szenen des Aufruhrs«: Die Auflösung des preußischen Parlaments	197
Restriktionen und Repressionen	199
Prozesse wegen Majestätsbeleidigung und »Terrorismus«	201
Nachrevolutionäre Massenbewegungen	205
Der Friedhof der Märzgefallenen	209
Volkstümliches Gedenken (1848 bis 1852)	209
Die Abriegelung des Friedhofs (1852 bis 1861)	211
Märzfeiern (1862 bis 1914)	211
Gedenkstätte für radikale Pazifisten (1914 bis 1918)	213
Erneute Bestattungen und republikanische Erinnerungspolitik (1918 bis 1932)	214
Die Gräber verwildert (1933 bis 1945)	216
Gespaltenes Gedenken nach 1945	217
Anhang	221
Anmerkungen	221
Literatur	232
Bildnachweis	239
Über den Autor	240

»Zu den Waffen!«

In den frühen Vormittagsstunden des 18. März 1848 waren zahllose Berliner auf den Beinen. Das lag nicht an dem für diese Jahreszeit lauen Wetter. Erwartet wurden vielmehr weitere Zugeständnisse des Königs, nachdem dieser am 14. März bereits ein ›Patent wegen der beschleunigten Einberufung des Vereinigten Landtags‹ hatte plakatiert lassen. Darin verkündete Friedrich Wilhelm IV., er wolle schon bald die ›vereinigten‹ nach ständischen Prinzipien – nicht nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht – zusammengesetzten Provinziallandtage ein zweites Mal in Berlin zusammenrufen, nachdem dieses vordemokratische Parlament am 26. Juni 1847 weitgehend ergebnislos auseinandergegangen war.

Von einer auch nur eingeschränkten Verantwortlichkeit der preußischen Regierung gegenüber diesem ›Landtag‹ oder gar von freien und gleichen Wahlen zu einem echten Parlament war in dem Patent vom 14. März nicht die Rede. Es war offensichtlich, dass der König Zeit gewinnen wollte. Viele Berliner ärgerten sich, dass – wie der Mediziner Rudolf Virchow formulierte – »der König solchen Zeiten gegenüber sein Volk immer noch wie eine Herde kleiner Kinder behandelt u[nd] Dinge, welche so notwendig sind wie das tägliche Brot, z. B. Pressefreiheit, noch in weite Entfernung hinausrückt«. »Alle Welt« erwartete, so Victor von Unruh, der spätere Präsident der Preußischen Nationalversammlung, »einlenkende Schritte, erhebliche Konzessionen«. Aber »es geschah nichts«. ¹ Der Druck stieg.

Am 17. März sah sich Friedrich Wilhelm IV. genötigt, ein weiteres ›Patent‹ zu verkünden, das nun – am 18. März – an den Straßenecken plakatiert war. Darin kündigte er eine ›Änderung‹ des preußischen Ministeriums, die nationale Einigung und »eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder« an – allerdings ohne konkreter zu werden. Daneben versprach er ›seinen‹ Berlinern die Bürgerbewaffnung und die Entfernung des Militärs aus dem Stadtbild der preußischen Hauptstadt –

ebenfalls in unverbindlichen Worten. In einer Audienz am frühen Morgen hatte der König einer Delegation der Stadtverordneten außerdem ein »Preßgesetz« in Aussicht gestellt.

Neugier und die Erwartung, konkreter erfahren zu können, was sich hinter den vagen Versprechungen verbarg, trieben Tausende von Berlinern auf den Schlossplatz. Einige ließen den König hochleben, andere waren nicht so euphorisch, sondern »erregt«, indes noch »keineswegs feindselig«. Ein wieder anderer Teil der vor dem Schloss Versammelten war dagegen von Anbeginn misstrauisch. Diese Berliner fürchteten, dass die ›Geschenke‹ des Monarchen bei erstbestener Gelegenheit wieder zurückgenommen würden, wenn die revolutionäre ›Gefahr‹ in den Nachbarstaaten nur erst vorüber war. Sie wussten, dass erst die Revolutionswelle, die Europa erfasst hatte, den Monarchen auf dem Hohenzollernthron dazu veranlasst hatte, die (wie viele empfanden) lauen Zugeständnisse zu machen. Begonnen hatte die europäische Revolution in der Schweiz, mit dem kurzen Bürgerkrieg vom November 1847, in dem die liberaldemokratischen Kantone über die konservativ-katholischen gesiegt hatten. Im Januar 1848 war die Revolution im »Königreich der beiden Sizilien« mit der Hauptstadt Neapel gefolgt.

Erst mit der Pariser Februarrevolution, der Vertreibung des »Bürgerkönigs« Louis Philippe und der Ausrufung der Republik am 24. Februar 1848 wurde den Zeitgenossen bewusst, dass nun die Revolution einen erneuten Siegeszug durch ganz Europa angetreten hatte. Am 13. März war in Wien der lange Zeit allmächtig scheinende österreichische Staatskanzler Metternich gestürzt worden und ins englische Exil geflohen. Damit war auch die Habsburgermonarchie, nach dem zaristischen Russland der größte Flächenstaat Europas, – scheinbar – in das revolutionäre Lager übergeschwenkt. Erst nachdem die Nachrichten über die Ereignisse in Wien am 15. März Berlin erreicht hatten, wurde dem Hohenzollernhof der Ernst der Lage bewusst. Am 17. März war zudem eine Deputation aus dem Rheinland in Berlin eingetroffen. Sie hatte vorsichtig angedeutet, dass die in den Westprovinzen ohnehin starken Tendenzen einer Abspaltung ohne Zugeständnisse der preußischen Krone zum offenen Bruch führen könnten.

Am 18. März versammelten sich bis mittags etwa 10 000 Menschen auf dem Schlossplatz. Anfangs sahen Augenzeugen vor den Toren des

Schlosses »nur die besseren Stände, [...] nur Cylinderhüte und dunkle bürgerliche Anzüge, von Plebs und Janhagel keine Spur.«² Gegen 13.30 Uhr erschien der König auf einem der Balkone. Die Freude über sein Erscheinen schien zunächst ziemlich einhellig, jedenfalls unter den Bürgern im ›Vordergrund‹. Die Stimmung »ganz im Hintergrund, an den Ecken der auf den Platz mündenden Straßen«, war dagegen ganz anders. Hier sah ein Augenzeuge »Proletarier und Arbeiter stehen, [...] die, als sie die vergnügten Gesichter [der Bürger] ringsum sahen, sagten: das hilft uns armen Leuten noch alles nichts!«³ Bereits am Mittag des 18. März waren die Einstellungen der Berliner also entlang der sozialen Scheidelinien zweigeteilt: Viele Bürger waren in Hochstimmung, weil sie ihre Forderungen erfüllt glaubten. In den Unterschichten war die Skepsis gegenüber den königlichen Zugeständnissen dagegen bereits zu diesem Zeitpunkt stark.

Zudem veränderte sich die Zusammensetzung der Menge, die vor dem Schloss der Dinge harnte, die da noch kommen würden. Die Zahl derjenigen, die den Platz verließen, wurde »mehr als ersetzt durch die Schaaren der neu Hinzuströmenden«. Die immer dichter zusammengedrängten Menschen kam dem Schlossportal näher. Sie sahen nun deutlicher die zahlreichen Soldaten innerhalb des Schlosses, ohne jedoch »ungebührlich zu werden oder [diese] zu beleidigen«.⁴ Allerdings wurde nun die Forderung nach einem Rückzug des Militärs nachdrücklicher laut. Namentlich die Kavallerie hatte sich in der Woche vor der Märzrevolution keine Freunde gemacht, als sie Menschenansammlungen mit gezogenen Säbeln rücksichtslos auseinandergetrieben hatte. Verstärkt wurde das Misstrauen dadurch, dass am 17. März zusätzliche Truppen, 5 700 Mann, aus Potsdam in die Hauptstadt geholt und am Vormittag des 18. März im Schlosshof konzentriert worden waren. Im Berliner Stadtgebiet waren damit etwa 15 000 Soldaten präsent.

Statt den Aufforderungen nachzukommen, das Militär zurückzuziehen und so die aufgeheizte Stimmung zu beruhigen, glaubten die militärischen Befehlshaber, gegenüber der zahlenmäßig vielleicht bedrohlichen, jedoch unbewaffneten Menge Stärke zeigen zu sollen. Sie setzten auf die (wie das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann genannt wurde) ›Leberwursttaktik‹: Von der Stechbahn her setzte sich ein Schwadron Dragoner in Bewegung und hieb mit blanken Säbeln auf die wei-

terhin dichtgedrängte Menge ein, um so die eine Seite des Schlossplatzes zu »säubern«. Kurz darauf marschierte eine Abteilung Infanterie aus dem nahe der Spree gelegenen zweiten Schlossportal heraus und stellte sich auf der anderen Seite (zwischen der Kurfürstenbrücke und der Breiten Straße) kampfbereit auf. Ungefähr zu diesem Zeitpunkt, kurz nach 14.30 Uhr, fielen dann die zwei Schüsse, die die Barrikadenkämpfe auslösten.

Kaum waren die Schüsse verhallt, stob das »Volk« wie »die Möwen vor dem Sturme« auseinander. Es floh in die angrenzenden Straßen hinein, »knirschend, bleich, athemlos«, »mit Entsetzen« und »zornglühenden Mienen gen Himmel Rache schreien[d]«. Allenthalben war der Ruf zu hören: »Verrat! Verrat! Man mordet das Volk! Zu den Waffen! Zu den Waffen!«. Angesichts des, so die Zeitschrift ›Der Publicist‹, maßlosen »Waffengebrauch[s] des Militairs an den vorangehenden Tagen kam [...] eine andere Meinung gar nicht auf, als daß die Infanterie [am Mittag des 18. März] auf Befehl gefeuert hätte, und diese Meinung, mit ungläublicher Schnelle bis in die entlegensten Stadttheile verbreitet, versetzte die ganze Bevölkerung in eine unbeschreibliche Wuth«.

Während in der Bevölkerung die Empörung gegen die »Militärbarbarei« hochloderte, war der Schlossplatz, »eben noch überfüllt von Menschen, jetzt todtenstill«. Er wurde umgehend durch die im Schloss stationierten Truppen besetzt und sah nun ebenso wie die übrigen großen Plätze im Stadtzentrum »wie ausgefegt aus«.⁵

Schon bald aber türmte sich in den Straßen der preußischen Hauptstadt »eine Barrikade hinter der anderen« auf. Bis zum Abend »gab es in Berlin keine Straße, ja keine Gasse, die nicht doppelt und dreifach verrammelt gewesen wäre. Tausend und abertausend Hände waren hierbei mit einer ungläublichen Thätigkeit beschäftigt«. Droschken, Omnibus- und Postkutschen oder Brunnengehäuse wurden umgestürzt, Rinnesteinbrücken aufgerissen, Balken, Wollsäcke, Pflastersteine und andere Gegenstände als Baumaterial für die Verschanzungen herangeschleppt. Vor allem an den Straßenecken wurden oft ganze Häuser abgedeckt und die Ziegel oben aufgeschichtet, um gegen die anrückenden Truppen als Wurfgeschosse verwendet zu werden. »Berlin sah aus, als ob es von Grund auf zerstört werden sollte.«

Die Kämpfe begannen am späten Nachmittag. Während noch das »Krachen vom Aufbau der Barrikaden« tönte, konnte man erste Schüsse



Angriff auf die Demonstranten am Mittag des 18. März 1848. Holzstich nach einer Zeichnung von Johann Jacob Kirchhoff.

hören. Die Soldaten griffen die Barrikaden an. Es entwickelte sich »ein heftiges Tirailleurfeuer«, das »mit geringen Unterbrechungen die ganze Nacht« fort dauerte. In der Abenddämmerung begannen die Truppen auf der Königsstraße, einem breiten Boulevard, der heute am 1871 fertiggestellten »Roten Rathaus« vorbeiführen würde, Artillerie einzusetzen. In deren Schutz sollte Infanterie vorrücken. Der »Donner der Kanonen ertönte in immer rascher folgenden Schlägen«, während sich gleichzeitig die Kämpfe auf die benachbarten Gassen ausweiteten. »Zerrissene Leichen liegen an den Straßenecken«, berichtete ein Zeitgenosse. Die Soldaten gingen mit bis dahin ungekannter Brutalität vor – und steigerten die »auf das äußerste erregten Leidenschaften« der »Volkshaufen«, die ihnen auf den Barrikaden gegenüberstanden oder das Militär aus Wohnungsfenstern und von den Dächern mit Ziegeln »bombardierten«, zu »erbitterter Wuth«.⁶

Beleuchtet wurde das Geschehen durch den an einem wolkenlosen Himmel stehenden Vollmond. Mehrere Feuersäulen, die lichterloh bren-

nenden Wagenhäuser der Artillerie an der Chaussee nach Oranienburg, die teilweise in Flammen stehende königliche Eisengießerei und eine von Revolutionären in Brand gesetzte Verkaufsbude auf dem Alexanderplatz sowie kleinere Feuer vor und hinter den Barrikaden erhellten die unwirklich anmutende Szenerie zusätzlich. Erfüllt wurde die Nacht zudem von einem dauerhaften ungeheuren Getöse, in dem sich Gewehrschüsse, Kanonendonner, Trommelwirbel und ein fortwährendes Sturmgeläut mischten, nachdem die Kirchenglocken, vom aufgebrachten ›Volk‹ in Bewegung gesetzt, seit dem frühen Nachmittag ununterbrochen Sturm läuteten – »eine schauerliche Musik!«⁷

»Die Stille, die zuweilen eintrat, und das Aufhören des Gewehrfeuers dünkte uns noch unheimlicher als der Lärm des Gewehrfeuers«, so erinnerte sich der bekannte Publizist Karl Frenzel, zum Zeitpunkt der Revolution 20 Jahre alt. Ihm und wohl allen schien es eine Ewigkeit zu dauern, bis »endlich der Morgen dämmerte«. »Selbst die französischen Revolutionen«, so schrieb ein anderer Augenzeuge, der damals 23-jährige Johann Gustav Dalchow, unter dem unmittelbaren Eindruck der Barrikadenkämpfe an seine Eltern, könnten im Vergleich zur Berliner Märzrevolution »nur Kinderei[en] gewesen seyn. Noch mehrere Tage hindurch sumnte mir das Glockengeläute und der Kanonendonner durch die Ohren und doch schien dieses schreckliche Ereigniß nur ein Traum gewesen zu seyn«. Wer Berlin zuvor besucht habe, erkenne es nun nicht wieder: »die Straßen schwimmen von Blut«.⁸

Eine Stadt im Aufbruch: Berlin im Vormärz

Die Ansicht, noch blutiger als in Berlin könne keine Revolution sein, erwies sich noch im selben Jahr als Trugschluss: Die Pariser Junischlacht von 1848 und die Wiener Oktoberrevolution, die Anfang November 1848 mit der Niederlage der demokratischen Bewegung endete, forderten aufseiten der Aufständischen noch weit mehr Opfer. In der französischen Hauptstadt starben mindestens 3000 und in der Metropole der Habsburgermonarchie mehr als 450 Revolutionäre, die ebenfalls weit überwiegend den Unterschichten angehörten.¹ Aber die tiefen Eindrücke, die die Märzrevolution bei den Zeitgenossen hinterließ, kamen mindestens dem Schock vom Oktober 1806 gleich, als die vernichtende Niederlage gegen Napoleon in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt in der preußischen Hauptstadt bekannt geworden war. Sie sind ansonsten nur mit der Erleichterung und dem Siegestaumel Ende Juni 1815 zu vergleichen, als man hier vom Ausgang der Schlacht bei Waterloo erfuhr.

»Ein Magnet, der die Armut anzieht«

Vor allem aber galt den Zeitgenossen von 1848 das Berlin Anfang des 19. Jahrhunderts als ein eher verschlafenes Provinznest – zu Recht: 1806 zählte die Stadt (ohne Militär) gerade einmal 150000 Einwohner. 15 Jahre später war Berlin kaum größer; 1820 lag die Einwohnerzahl bei 185829. Heinrich Heine, der 1821 nach Berlin gezogen war und hier bis 1823 blieb, lästerte 1822 über die preußische Hauptstadt: »Berlin ist gar keine Stadt, sondern Berlin giebt bloß den Ort dazu her, wo sich eine Menge Menschen [...] versammeln, denen der Ort ganz gleichgültig ist.« Es seien »mehrere Flaschen Poesie nötig, wenn man in Berlin etwas anderes sehen will als tote Häuser und Berliner. Die Stadt enthält so wenig Altertümlichkeit, und ist so neu; und doch ist dieses Neue schon so alt, so welk und abgestorben.«²

Zwanzig Jahre später hatte sich Berlin von Grund auf verändert. Aus dem ›Nest‹ war eine ansehnliche Großstadt geworden: 1840 lebten hier bereits 315 380 Menschen; bis zum Revolutionsjahr 1848 sollte sie noch einmal um knapp 100 000 Einwohner wachsen. 1850 war Berlin mit 419 000 Einwohnern (einschließlich Militär) die sechstgrößte europäische Stadt, nach London (2 685 000), Paris (1 053 000), Petersburg (485 000), Neapel (449 000) und Wien (444 000) – weit vor Mailand (242 000), Rom (153 000) und Prag (118 000). Hamburg zählte 155 000, Köln und München jeweils 96 000 sowie Frankfurt a. M. 60 000 Einwohner.³ Neu-Berliner äußerten sich bereits um 1840 entsprechend beeindruckt, etwa der berühmte Historiker Jacob Burckhardt, der 1839 aus dem beschaulichen Basel nach Berlin gekommen war, um bei Leopold von Ranke und Gustav Droysen Geschichte zu studieren. Ihm schien die preußische Hauptstadt »sehr groß«. Man könne »sich leicht verlaufen, so daß man weder Weg noch Steg weiß«, mokierte sich Burckhardt. Anderen, wie dem Publizisten Gustav Kühne im Jahr 1843, erschien Berlin gar bereits als »zweites Paris«.⁴

Während des Vormärz begann die preußische Hauptstadt ›aus allen Nähten zu platzen‹. Nicht einmal jeder zweite Berliner war in der Stadt selbst geboren. Mit dem rasanten Bevölkerungswachstum veränderte sich auch deren soziales Gesicht. Unter denjenigen, die in der Hoffnung zugewandert waren, hier ihr ›Glück‹ zu machen, zählten fast 95 Prozent zu den ärmeren Bevölkerungsschichten. Berlin war »ein Magnet, der die Armut anzieht«, so die Augsburgers Allgemeine Zeitung am 9. März 1847.

Legt man die Daten der Berufszählungen von 1846 und 1849 zugrunde, besaß Berlin nur eine sehr schmale bürgerliche Schicht; sie stellte knapp fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Die eigentlichen Wirtschaftsbourgeois, also die größeren Kaufleute, »Fabrikanten« und Bankiers machten gerade einmal 0,6 Prozent sämtlicher Erwerbstätigen aus. Ironisch zugespitzt: Es gab in Berlin im Revolutionsjahr fast zehnmal so viele Schneider (Meister und Gesellen) wie ›echte Bourgeois‹. »Sind Millionäre überall selten, so mögen sie in Berlin (wenngleich es deren einige gibt) besonders sparsam gesäet sein«, konstatierte der Statistiker Carl Friedrich Wilhelm Dieterici lakonisch.⁵ Die Mittelschichten (wohlhabende Meister, mittlere Kaufleute, Staats- und Kommunalbeamte auf den niedrigeren Hierarchiestufen, die damals als »Privatbeamte« bezeichnete-

ten Angestellten und andere) besaßen mit etwa zwölf Prozent Bevölkerungsanteil numerisch zwar ein deutlich stärkeres Gewicht. Gegenüber dem zahlenmäßig riesigen, intern wiederum vielfältig zerklüfteten ›milieu populaire‹, das zusammen fast 85 Prozent sämtlicher Erwerbstätiger stellte, bildeten jedoch auch sie eine kleine Minderheit.

Das Bürgerrecht – ein Privileg, das nur der erhielt, der ein jährliches Nettoeinkommen von mindestens 200 Talern oder Hausbesitz nachweisen konnte, und das zur Wahl der Stadtverordneten berechtigte – besaßen im Revolutionsjahr lediglich etwa 26 000 Einwohner der preußischen Hauptstadt. Das waren weniger als 20 Prozent der erwachsenen männlichen Einwohner und nicht einmal sämtliche der rund 30 000 Berliner, die nach der Erwerbsstatistik zum Bürgertum und zu den Mittelschichten zu rechnen waren. Oberbürgermeister und Magistrat repräsentierten also nur eine Minderheit der Einwohnerschaft. Wichtig ist außerdem, dass – vom Adel abgesehen – die sozialen Grenzen durchlässig waren. Dies hieß auch: Die Angst vor dem sozialen Abstieg war groß. Ebenso liegt auf der Hand, dass allein aufgrund der fast 350 000 Berliner, die »den unteren Volksklassen« angehörten, die Berliner Revolution von 1848 von den Unterschichten geprägt war.

Die schillernde Welt »der Vornehmheit und des Staatsglanzes« beschränke sich auf die Gegend »um das Brandenburger und das Potsdamer Thor herum«, so Heinrich Bettziech, der 1848 unter dem Pseudonym »Beta« als Verfasser zahlreicher satirischer Flugschriften weithin Bekanntheit erlangen sollte. »Nach den vielen entgegengesetzten Thoren hin breitet sich der viel umfangreichere Pol des Proletariats [...] und der Armuth aus«. Bettziech verglich Berlin mit einer heruntergekommenen »Dame«: »Ihr Kostüm ist schäbig-gentil, hier und da äußerst kostbar und glänzend, aber wenn sie den Fuß hebt, kann man die zerrissenen Sohlen bemerken, und der feyne Strumpf könnte auch besser gestopft seyn.«⁶

Die ›Unterschicht‹ Berlins war in eine Vielzahl sozialer Gruppen aufgesplittert. Zwar hatte die Industrie in der preußischen Hauptstadt stärker Fuß gefasst als selbst in Wien, Paris sowie den meisten anderen europäischen Großstädten. Aber damals dominierten nicht moderne Leitsektoren wie der Maschinenbau oder gar die Elektroindustrie, sondern die klassischen Gewerbe, vor allem die Textil- und Bekleidungsbranchen – trotz früherer Industriepioniere wie August Borsig. Dessen

Unternehmen zählte bei seiner Gründung 1837 fünfzig Beschäftigte, Ende der Vierzigerjahre dann 1 200 Arbeitnehmer. Die Betriebe Franz Anton Egells und Friedrich Wöhlert zählten mit 800 und knapp 400 Arbeitnehmern Anfang 1849 gleichfalls zu den größten Maschinenbauunternehmen im deutschen Raum. Die elektrotechnische Industrie dagegen, die den Industrieraum Berlin ab den 1860er-Jahren entscheidend prägen sollte, steckte um die Jahrhundertmitte noch in den Kinderschuhen: 1848 beschäftigten die Pioniere dieser Branche, Werner Siemens und Johann Georg Halske, in ihrer »Telegraphen-Bau-Anstalt« gerade 18 Arbeitnehmer.

Obwohl ein Zentrum der Frühindustrialisierung, blieb Berlin lediglich »durchspickt von Industrie und Dampf-fabrikation« (Beta). Zahlenmäßig dominierten kleingewerbliche Kümmerexistenzen, vor allem Weber, Schneider und Schuhmacher. Gleichzeitig waren die Grenzen zwischen Selbstständigen und unselbstständig Beschäftigten, Meistern, Gesellen und Heimarbeitern fließend. Wie elend die Lage auch der meisten Handwerksmeister war, lässt sich daran ablesen, dass von ihnen 1847/48 etwa 80 Prozent von der Gewerbesteuer befreit waren.

Mitte der Vierzigerjahre war in Berlin zum nackten Überleben ein Einkommen von mindestens zehn Silbergroschen pro Tag notwendig.⁷ Nach den von den sozialkritischen Schriftstellern Friedrich Saß und Ernst Dronke für 1845 ermittelten Löhnen mussten die Weber, Hand-schuhmacher und Korbmacher mit ihren Familien von sieben bis acht, Friseure und Barbieri von sechs Silbergroschen pro Tag leben. Weit niedriger war das Tageseinkommen weiblicher Arbeitskräfte: Zigarren-macherinnen erhielten um 1845 lediglich drei Silbergroschen, Stricke-rinnen und Spulerinnen mit eineinhalb bis zweieinhalb noch weniger. Selbst der Begriff »besseres Almosen« wäre für solche Hungerlöhne ein Euphemismus.

»Das Essen ist sehr schlecht [...]; zum Glück hat man hier nicht halb so viel Appetit, und es gibt Tage, wo man wirklich nichts den Hals hin-unterbringt.« Chronische Unterernährung gehörte für zahllose Fami-lien in der preußischen Hauptstadt zum Alltag. Die Wohnverhältnisse in den Armenvierteln spotteten jeder Beschreibung. Nicht selten waren »Zimmer, wo zwei, ja selbst vier Parteien wohnen, dann spannt man Sei-le übers Kreuz, damit jeder weiß, in welchen Winkel er gehört.«⁸ Und

selbst das war in den Augen mancher noch Luxus. Die »größte Zahl der Proletarier« besaß in den Vierzigerjahren »überhaupt keine eigentliche Wohnung, sondern [hatte] entweder nur sogenannte Schlafstellen oder [war] ganz obdachlos«. ⁹ »Schlafstellen«, in denen dann die »große Menschenklasse« der »Arbeiter und Handwerksleute« nach getaner Arbeit »ihren müden Leib ausruhen« durfte, waren »enge Löcher«, die man häufig noch mit anderen teilen musste, »hoch unter dem Dache [oder] unter Treppenvorsprüngen«. Für nicht wenige dieser Schlafstellen hatten sich die Hausbesitzer ausbedungen, »daß die Mieter den ganzen Tag über, auch sonntags, nicht zurückkehren«. ¹⁰ Vielleicht nicht »anz Berlin«, aber doch der größte Teil der Armenbevölkerung war also gezwungenermaßen ständig »auf der Straße« – auch während der Revolution von 1848.

Die Kartoffelrevolution

Soziales Elend ist sicherlich eine Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Umsturz. Verelendung setzt jedoch keinen »revolutionären Automatismus« in Gang. Denn dann hätte sie in Berlin – und vielen anderen europäischen Städten – nicht 1848, sondern bereits ein Jahr früher stattfinden müssen. Stattdessen kam es im Frühjahr 1847 »nur« zu einer Hungerrebellion, die die irreführende Bezeichnung »Kartoffelrevolution« erhielt.

1846 lag in ganz Preußen – ähnlich wie auf dem gesamten europäischen Kontinent – der Ertrag an Getreide und Kartoffeln 30 bis 50 Prozent unter dem sonst Üblichen. Im Frühjahr 1847 reichten die Vorräte der Bäcker an Mehl zeitweilig nur für wenige Tage. Die Preise für Kartoffeln waren auf das Drei- bis Vierfache des gewöhnlichen Preises gestiegen. Am 21. April 1847 ließen dann überteuerte Kartoffeln, »die noch dazu klein wie Nüsse waren«, die angestaute Wut zum Ausbruch kommen. »Mehrere Weiber« fielen über eine Bäuerin her, die winzige Erdäpfel zu überzogenen Preisen anbot, »und prügelten sie durch«. Die wütenden Frauen »zerschnitten Säcke mit Kartoffeln« und »bemächtigten sich derselben«. ¹¹

Dieser Marktumult weitete sich rasch zu einer alle Berliner Stadtteile erfassenden Hungerrevolte aus, die sich vor allem gegen Bäckereien richtete. »Jubelnd und singend« zogen »große Massen zerlumpten Gesindels« aus den Armenvierteln in das Zentrum der Stadt. Auch

Lokalitäten und Statussymbole der wohlhabenden Berliner Bürger gerieten ins Visier, »weil ihr Luxus Erbitterung erregte«. Die vornehmen Konditoreien Kranzler und Spargnapani sowie mehrere Hotels wurden angegriffen, die Scheiben des Opernhauses sowie einiger Kirchen gingen zu Bruch. Da außerdem einige Fenster des Palais des Prinzen von Preußen eingeworfen wurden, glaubten manche Zeitgenossen, es habe sich auch um »eine Demonstration« gegen den designierten Thronfolger gehandelt, weil Kronprinz Wilhelm »allgemein als Haupthindernis einer freien Verfassung gilt«. Auch wurden mehrere vornehme Kut-schen angehalten und die darin Sitzenden »unter dem Hohngelächter der Menge« zum Aussteigen gezwungen.¹² An solchen Vorfällen war bereits zu erkennen, was 1848 eines der Kennzeichen der Revolution werden sollte: die Respektlosigkeit der Berliner Unterschichten vornehmen Leuten gegenüber.

Am 22. April 1847 abends wurde Kavallerie zur Unterdrückung der Rebellion herangeholt, weil die Gendarmen dem spontanen Aufruhr nicht gewachsen waren. Auch dies ist für die Ereignisse ein knappes Jahr später wichtig: Der Einsatz von Truppen verstärkte den Argwohn in den Unterschichten gegenüber jeglichem Auftreten des Militärs. Es entstand eine gegenseitige Reizbarkeit. »Missverständnissen«, wie sie dann am 18. März 1848 infolge der zwei Schüsse auf dem Berliner Schlossplatz entstehen sollten, war ein fruchtbarer Boden bereitet.

Die Brot- und Kartoffelpreise gingen in der Folgezeit nur langsam zurück. Die Semmeln blieben so klein, dass sie (wie in einer zeitgenössischen Flugschrift ironisch formuliert wurde) »einer Mücke in die Augen fliegen können.« »[A]n allen Straßenecken, auf allen Spaziergängen in- und außerhalb der Stadt [sah man] magere, zerlumpte Gestalten mit den blassen Gesichtern, die meistentheils nicht einmal den Muth des Bettelns haben«. Im Sommer 1847 lebten »5/8 der Arbeiterfamilien in so dürftigen Umständen [...], daß sie nur ihr nacktes Leben durchzubringen im Stande [sind] und nichts besitzen, was Gegenstand einer gerichtlichen Abpfändung sein könnte.«¹³

Die Revoltierenden vom Frühjahr 1847 wollten in erster Linie billiges Brot und kein anderes politisches System – noch nicht. Für einen politischen und gesellschaftlichen Umsturz mussten weitere Faktoren hinzukommen. Einer dieser Faktoren war ein damals revolutionäres Verkehrs-



Sturm auf die Kartoffelstände in Berlin, April 1847.
Lithografie von Vinzenz Katzler.

mittel: die Eisenbahn. Ende 1838 wurde die Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam eröffnet, 1844 bis Magdeburg verlängert und damit der Weg in die westlichen Provinzen Preußens wesentlich verkürzt. Die 1841 fertiggestellte Eisenbahnlinie nach Anhalt stellte die Verbindung mit Sachsen her. Ein Jahr später konnte die Eisenbahnstrecke nach Frankfurt an der Oder eröffnet werden. Sie wurde 1846 nach Breslau verlängert und erhielt ein Jahr darauf Anschluss an die österreichische Nordbahn, sodass bereits vor der Revolution Wien mit der Eisenbahn zu erreichen war. 1843 folgte die Strecke nach Stettin und 1846 die nach Hamburg. 1847 und 1848 kamen auf allen Berliner Bahnhöfen jeweils knapp eineinhalb Millionen Eisenbahnreisende an.

Das hatte Folgen: Man wusste bereits nach zwei, drei Tagen, was in Wien und Berlin geschah. Zudem war es kein Zufall, dass die Knotenpunkte des Eisenbahnnetzes zu Zentren der Revolution wurden. Dort entstanden demokratische Bewegungen besonders früh und konnten sich in breiten Teilen der Bevölkerung verankern.

Trotz der Verteilung der Reisenden auf drei Klassen ließ die Eisenbahn die sozialen Schichten zusammenrücken. Wenn Berlin früh zu einem Zentrum des entstehenden europäischen Eisenbahnnetzes wurde, dann trug dies dazu bei, dass die städtisch-ständische Gesellschaft hier früher infrage gestellt wurde und sich rascher als andernorts auch tatsächlich aufzulösen begann. Allein aufgrund ihrer im Vergleich zu den traditionellen Transportmitteln erheblichen Geschwindigkeit erweiterte die Eisenbahn außerdem den Horizont der Zeitgenossen geografisch und damit auch buchstäblich weltanschaulich. Die Eisenbahnreisenden entwickelten ein Gefühl für ganz ›Deutschland‹ und, mindestens in Ansätzen, darüber hinaus für Europa. Anders formuliert: In weiten Teilen der Berliner Bevölkerung verlor das Denken den provinziellen Charakter.

Die Berliner Universität

Berlin vereinigte die sozialen Gegensätze der frühen Industrialisierung und einer unkontrollierten Urbanisierung auf engstem Raum – und es entwickelte bereits im Vormärz ein reges intellektuelles Leben, trotz Zensur und Versammlungsverbot. Obwohl die Gründung (offen) politischer Vereine verboten war, kursierten die jeweils neuesten, von der radikalen Aufklärung beeinflussten und den linken ›Jüngern‹ des berühmten Berliner Philosophieprofessors Georg Wilhelm Friedrich Hegel heiß diskutierten Ideen und Weltanschauungen. Der junge Friedrich Engels rühmte die Berliner Universität 1842 mit den Worten, dass »keine so sehr wie sie in der Gedankenbewegung der Zeit steht und sich so zur Arena der geistigen Kämpfe gemacht hat.«¹⁴ Bis in die erste Hälfte der Vierzigerjahre entfalteten sich hier die »geistigen Capacitäten der Hegelschen Schüler«, die mit ihrer in den Augen der Obrigkeit ›maßlosen Kritik‹ in weiten Kreisen der Bevölkerung der preußischen Hauptstadt »den Boden für die Einflüsse der französischen Februar-Revolution« bereiteten. Allerdings war dies erst möglich, so merkte Robert Springer – ein demokratischer Journalist, der es 1848/49 zu einiger Bekanntheit bringen sollte – ironisch an, nachdem das Hegel'sche Kauderwelsch durch die Berliner aus der »verrenkten Sprache« hegelianischer Philosophie in den »Styl der Bierstuben« ›übersetzt‹ worden war.¹⁵

Der große Einfluss, der den Junghegelianern im Rückblick zugeschrieben wird, sollte freilich nicht dazu führen, die Rolle der 1809 als

Reformuniversität gegründeten heutigen Humboldt- und damaligen Friedrich-Wilhelms-Universität – oder gar der noch sehr viel kleineren Berliner Bauakademie und der Gewerbeschule, Vorläuferin der heutigen Technischen Universität – überzubewerten. Staatliches Misstrauen und sich seit 1843 häufende Eingriffe der außeruniversitären Obrigkeit schufen in den letzten Jahren vor der Revolution schließlich eine Atmosphäre, die für fruchtbare innerwissenschaftliche Auseinandersetzungen kaum Raum ließ. Staat und Universitätsleitung hätten (so klagte Ernst Dronke Mitte der Vierzigerjahre) aus der Berliner Universität »ein Treibhaus für gehorsame Staatsprinzipien gemacht, eine Pflanzschule für schweigenden Glauben an die Autorität der Politik und Religion.«¹⁶

Die Gesamtzahl der Berliner Studenten ging von durchschnittlich gut 1 700 in den Dreißigerjahren auf etwa 1 400 in den Vierzigerjahren zurück; das waren prozentual zur gesamten Einwohnerschaft um 1848 mit 0,34 Prozent weit weniger als heute mit 5,46 Prozent (2021/22). Etwa 40 Prozent von ihnen waren im Jahrzehnt vor der Märzrevolution in den Rechtswissenschaften eingeschrieben. Deutlich niedriger war das Gewicht der drei übrigen Fakultäten: Knapp 20 Prozent studierten Medizin und Theologie, etwa jeder vierte Philosophie. Mit dem großen quantitativen Gewicht der juristischen und theologischen Fakultät schlug ein konservativer Monarchismus an der Universität tiefe Wurzeln – und behielt diese auch 1848. Nur wenige Studenten wie Gustav Adolf Schlöffel und Paul Boerner sollten sich im Revolutionsjahr aufseiten der radikalen Demokratie und des linken Liberalismus engagieren.

Die Dissidentenbewegungen

Wenn das zahlenmäßige Gewicht der im Fach Theologie – als der vierten Fakultät – eingeschriebenen Studenten seit den Dreißigerjahren stark rückläufig war, dann spiegelt dies die Krise wider, in die die protestantische Amtskirche im Vormärz geriet. Anders als heute war die Bedeutung von Religion und Kirche im Europa des Vormärz noch sehr groß. Oppositionelle Bewegungen nahmen häufig von theologisch-philosophischen Kontroversen ihren Ausgang und politisierten sich erst sukzessive. Zudem wurden infolge der scharfen Restriktionen des Vereins- und Versammlungsrechts politische Forderungen zwar nicht generell, aber doch in manchen Fällen »religiös ver mummt«, politischer »Tatendrang als

Lichtfreundlichkeit verkleidet«. ¹⁷ Dieses Zitat des damals bekannten Religions- und Kirchenkritikers Bruno Bauer zielte auf eine den Ideen der Spätaufklärung verpflichtete religiöse Dissidentenbewegung, die wegen ihres häufigen Gebrauchs der Metapher des Lichts diese Bezeichnung erhalten hatte und in dem nominell zu mehr als 93 Prozent protestantischen Berlin viele Anhänger besaß. In katholischen und gemischt-konfessionellen Regionen Preußens wiederum waren die ›Deutschkatholiken‹ stark, die (wie ihr Name zum Ausdruck bringt) sich nicht mehr an ›Rom‹ orientieren wollten.

Konflikte in der und um die Kirche sowie die Existenz von religiösen Dissidentenbewegungen wurden infolgedessen wiederholt zum Auslöser auch politischer Protestbewegungen. Das galt besonders in Berlin, weil hier die Aktivitäten der Lichtfreunde früher als in den Provinzen von der Krone erschwert wurden. Nach verschiedenen Konflikten verfasste sogar der ›gemäßigte‹, liberalkonservativ geprägte Magistrat eine Petition an Friedrich Wilhelm IV., die am 22. August 1845 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In dieser Adresse ergriff die Stadtregierung, wie sie betonte, »auf Drängen der Bürgerschaft« Partei für die Lichtfreunde. Sie beschwerte sich beim König »über den Mangel an Gewissensfreiheit, über den Rückschritt in religiöser Beziehung« und ganz allgemein über die protestantische Neoorthodoxie als »finstere kirchliche Richtung«. ¹⁸ »Heuchlerische Anmaßung und Herrschsucht«, die Versuche des Staates, die Religion zum ›instrumentum regni‹ zu machen, sowie die religiösen Auseinandersetzungen versetzten große Teile der Berliner Bevölkerung in dauerhafte Erregung. Gleichzeitig verstärkte sich die Ablehnung der mit der Kamarilla am Hohenzollernhof eng verbundenen offiziellen Kirche.

Unterdrückte Meinungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Unterdrückung demokratischer Regungen durch die preußische Krone erwies sich nicht nur religions- und kirchenpolitisch als Fehlschlag. Trotz des obrigkeitlichen Verbots der Gründung politischer Vereinigungen entstand in der preußischen Hauptstadt in den Jahren vor 1848 eine Vielzahl an Geselligkeits- und Bildungsvereinen. Und es gründeten sich berufsständische Organisationen, die fortschrittlichen Ideen gegenüber aufgeschlossen waren. Zu ihnen gehörte der 1840 gegründete

»Gesellige Lehrerverein«, der über gute Kontakte und personelle Querverbindungen zum Diesterweg'schen Lehrerseminar verfügte und sich einiger Resonanz in der Berliner Lehrerschaft erfreute.

Dem eigenen Selbstverständnis nach eigentlich unpolitische Vereine liefen freilich ständig Gefahr, aufgelöst zu werden. Das war das Schicksal einer nach den Vorbildern in anderen Städten Ende 1846 gegründeten liberalen Bürgergesellschaft, in der Vorträge vor allem zu kommunalen Themen gehalten wurden. Argwohn erregte diese Vereinigung, weil die zahlreichen Zuhörer danach, wie ein Polizeispitzel notierte, »plaudernd und rauchend in den Zimmern umher[gingen]« und sich unkontrolliert über politische und weltanschauliche Themen sowie die ›soziale Frage‹ unterhielten. Der »Trieb nach freier Assoziation«, der sich in der Bürgergesellschaft Bahn brach und der große Zuspruch, auf den er stieß, waren dem Polizeipräsidenten höchst suspekt.¹⁹ Nach wenigen Wochen verbot er den Verein. Dessen Gründer und Mitglieder reagierten indes flexibel – und hielten bis Anfang 1848 stattdessen regelmäßig offene Bürgerversammlungen ab, mit 400 und mehr Zuhörern.

Die mit Abstand größte Berliner Vereinigung während des Vormärz war freilich nicht bürgerlich, sondern stark handwerklich-proletarisch geprägt. Die ›Großer Handwerkerverein‹ genannte Gesellschaft entstand 1844. Sie zählte im Frühjahr 1845 1 500 und wuchs bis Herbst 1847 auf etwa 3 000 Mitglieder. Das waren mehr als doppelt so viele, wie die Berliner Universität Studenten zählte.

Die übergroße Mehrheit der Mitglieder waren Gesellen; hinzu kamen einige Fabrikarbeiter sowie wenige Meister. Der Anteil wandernder Gesellen an den Vereinsmitgliedern war sehr groß.²⁰ Diese hohe Fluktuation und der Tatbestand, dass das – eigene – Haus des Handwerkervereins für Gesellen auf der Walz die erste Adresse war, die sie aufsuchten, wenn sie in Berlin ankamen, waren von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der weltanschaulichen und politischen Einstellungen der Berliner Unterschichten überhaupt. Denn viele der Gesellen kamen weit herum und hatten sich länger in der Schweiz, in Frankreich (vor allem Paris) oder auch in Belgien aufgehalten. Sie hatten im Ausland neue, radikal-aufklärerische sowie nicht zuletzt frühsozialistische Ideen kennengelernt und brachten »Schriften, welche Aufruhr predigten«, mit.²¹ Die zirkulierten dann in der Mitgliedschaft des Handwerkervereins, der zudem eine

umfängliche Bibliothek mit politischen und philosophischen Schriften der Zeit besaß.

All dies prädestinierte den Handwerkerverein dazu, zur Keimzelle der frühen, in Berlin besonders starken sozialistischen Arbeiterbewegung zu werden. Innenministerium, Provinzialregierung, Polizeipräsidium und Magistrat überlegten in den Monaten vor der Märzrevolution, den Handwerkerverein zu verbieten. Sie zögerten damit jedoch. Ein Verbot hätte, so wussten sie, zu einem großen Eklat geführt, in einer Atmosphäre, die ohnehin zunehmend spannungsgeladen war.

Unabhängig davon brauchte man, um politische Diskussionen zu führen, keine förmlichen Vereine. Neben mehr als 50 kommerziellen Bibliotheken, Lesezimmern und -hallen hielten auch die größeren der in der preußischen Landeshauptstadt außerordentlich zahlreichen Konditoreien und Cafés »fast alle beachtenswerthen Blätter des In- und Auslandes«. Sie waren deshalb für den typischen Berliner Bürger, der – wie Robert Springer spöttelte – »die Näschereien und die Lektüre« liebte, ein bevorzugter Aufenthaltsort.²²

Ein Novum war die nach Pariser, Wiener und Hamburger Vorbildern durch den Journalisten und Verleger Gustav Julius im September 1846 gegründete »Berliner Zeitungshalle«. Dort konnte man die jeweils aktuellen Ausgaben von insgesamt fünfhundert Tages- und Wochenblättern einsehen. Die »Berliner Zeitungshalle« – eine Bezeichnung, die auch der von Julius zeitgleich gegründeten Tageszeitung den Namen gab, die 1848 zu den wichtigsten radikaldemokratischen Presseorganen im Deutschen Bund gehören sollte – war nicht nur eine Präsenzbibliothek. Ihr angegliedert war zudem ein Café. In den zahlreichen – verrauchten – Lesezimmern wurde intensiv diskutiert.

Aber nicht nur deshalb galt die »Berliner Zeitungshalle« der Obrigkeit in den Wochen vor der Märzrevolution als Kristallisationspunkt radikaldemokratischer Bestrebungen. Misstrauisch beäugt wurde sie außerdem, weil Julius alle wichtigen Zeitungen des außerpreußischen Deutschlands und ebenso die wichtigsten ausländischen Presseorgane abonniert hatte. Das war deshalb von eminenter Bedeutung, weil außerpreußische und ausländische Zeitungen und Zeitschriften in ihrer Berichterstattung und ihren Kommentaren durch die Pressezensur nicht so eingeschränkt waren wie die einheimischen.



Maulkorb für die Meinungsfreiheit – der »Denker-Club«.
Radierung, um 1820.

Zwar war die Zensur in der preußischen Landeshauptstadt seit 1842 immer weiter verschärft worden; »selbst die maßvollsten Aufsätze [seien] zurückgewiesen« worden, empörte sich der liberale Adlige Varnhagen von Ense.²³ Indes vermochten die Zensoren die Flut an verdeckt kritischen Zeitungsartikeln immer weniger zu bewältigen, von umfanglichen Broschüren und Büchern ganz zu schweigen. Überdies ließen sich Zensurvorschriften leicht umgehen. Die deutsche Kleinstaaterei hatte auch ihre Vorteile: Publikationen etwa aus dem liberaleren Sachsen ließen sich ohne größere Schwierigkeiten beschaffen.

Die Zensur der preußischen Obrigkeit übte überdies einen eigenartigen Reiz aus. »Verbotene Schriften [wurden] vom Publikum weit lieber als nicht verbotene gekauft.« Man konnte während des Vormärz »trotz der Begierde, mit welcher offene und geheime Polizisten [nach den] Übertretern des Gesetzes fahndeten, in Berlin zu jeder Zeit jedes verbotene Buch erhalten.« Es gab dort Lesegesellschaften, die sich ausschließlich von »dieser beliebten Waare nährten«, wie der Demokrat und spä-

tere erste Berlin-Historiker Adolph Streckfuß beobachtete.²⁴ Selbst unter Gymnasiasten »gingen die verbotenen Bücher von Hand zu Hand.«²⁵

Unzufriedenheit mit der Zensur, dem Vereinigungs- und Versammlungsverbot sowie unabhängig davon wachsende soziale Spannungen in der Berliner Stadtgesellschaft begünstigten eine breite Politisierung der Berliner Bevölkerung. Die allerdings blieb bis 1848 noch relativ diffus. Mit seinen Restriktionen, so erfolglos sie im Einzelnen gewesen sein mögen, unterband der Staat ein Ausdifferenzieren der einzelnen Strömungen. Politische Scheidelinien konnten sich sichtbar erst seit dem 19. März 1848 herausbilden.

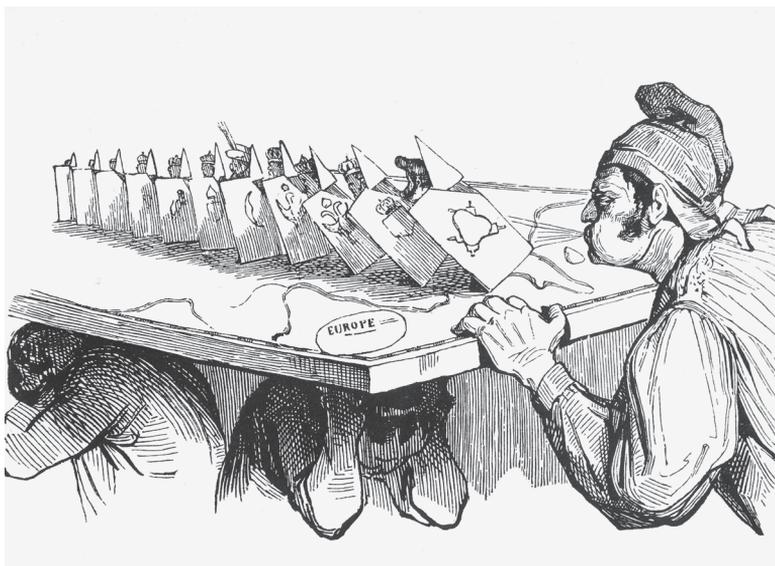
Daran änderte auch der vordemokratische Vereinigte Landtag nichts. Friedrich Wilhelm IV. hatte das 613 Mitglieder starke, von Adel und Wirtschaftsbürgertum geprägte Zwei-Kammer-Parlament zusammengerufen, weil die Verabschiedung neuer Steuern seit 1820 an die Zustimmung der ›Stände‹ gebunden war. Eine ernsthafte Mitsprache der Stände in Staatsgeschäften lehnte der König entschieden ab. In seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtages am 11. April 1847 erklärte er, »daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, Mich zu bewegen, das natürliche [...] Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln«. Eine Verfassung verweigerte er mit den Worten, er werde es »nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt [...] eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren«. Friedrich Wilhelms IV. »gigantischer Trotz gegen die Zeit«,²⁶ der sein Handeln auch 1848 prägte, machte auch »gemäßigten« Abgeordneten bewusst, dass grundlegende Reformen allein durch Verhandlungen mit dem widerwilligen Monarchen nicht durchzusetzen waren: »Wir kamen ganz konservativ hierher, aber man hat uns notgedrungen auf ein anderes Ziel geführt«, erklärte einer von ihnen.²⁷ Der Vereinigte Landtag ging Ende Juni 1847 ohne substanzielle Ergebnisse auseinander. Aber er politisierte und steigerte die allgemeine Unzufriedenheit.

Am Vorabend der Märzrevolution

Geradezu elektrisiert wurden breite Bevölkerungsschichten insbesondere in Berlin durch ein Ereignis, das meist nicht den europäischen Revolutionen von 1848/49 zugerechnet wird. Dabei stand es an deren Anfang und war überdies die einzige politische Umwälzung, aus der die liberaldemokratische Bewegung auf Dauer siegreich hervorging: der Schweizer Sonderbundskrieg vom 3. bis zum 29. November 1847. Am 12. September 1848 erhielten die Eidgenossen dann die fortschrittliche Verfassung, die das Gesicht der Schweiz bis heute prägt.

In diesen mit 150 Toten vergleichsweise glimpflichen Bürgerkrieg zwischen der Mehrheit der liberaldemokratischen Kantone und einer Minderheit von sechs konservativ-katholischen Kantonen war auch Preußen einbezogen. Denn Friedrich Wilhelm IV. war Landesherr des Kantons Neuenburg (Neuchâtel), der seit 1707 zur preußischen Krone gehörte. An der Spitze Neuenburgs stand einer der preußischen Ministerpräsidenten des Jahres 1848, General Ernst von Pfüel. Die Sympathien der Hohenzollernkrone waren aufseiten der konservativen Minorität. Offiziell verhielt sich der Kanton auf Anweisung der Berliner Regierung im Bürgerkrieg indes neutral. Das nützte nichts: Am 1. März 1848 sagten sich die Neuenburger formell von Preußen los und nahmen eine republikanische Verfassung an. Die wenigen preußischen Beamten mussten den Kanton verlassen.

Der Stolz Friedrich Wilhelms IV. wurde »auf das tiefste verletzt«. In Berlin erntete der König »Spott und Hohn«.¹ Die Niederlage der ›jesuitischen‹ Kantone befeuerte auch die Kritik an den politischen Verhältnissen in der Hohenzollernmonarchie. Über den ›Schweizer Umweg‹ wurden die Verhältnisse in Preußen selbst kritisiert – weit über intellektuelle und bildungsbürgerliche Schichten hinaus. So folgte Ende 1847 beispielsweise eine von 200 Gesellen besuchte Versammlung in einer Tischlerherberge gebannt den vordergründig »gegen den Jesuitismus«



Ironische Darstellung von Honoré Daumier zu den Auswirkungen der Pariser Julirevolution von 1830 auf Europa.

gerichteten Vorträgen und Gedichten und bedachte diese immer wieder mit frenetischem Beifall.

Gleichwohl wurde weder der Schweizer Sonderbundskrieg noch das »Revolutiönchen« (Paul Boerner) im Königreich der beiden Sizilien mit-samt dem »Schweif an Konstitutionen« (Friedrich Engels), den dieses in Mittel- und Norditalien nach sich zog, als Beginn einer europäischen Revolutionswelle gedeutet. Zwar berichtete die Presse über die Ereignis-se in Palermo und Neapel. Auch die Entwicklungen in Südwestdeutsch-land wurden in Berlin breit diskutiert, etwa die von Gustav Struve und Friedrich Hecker initiierte und von knapp 1 000 Menschen besuchte Ver-sammlung im badischen Offenburg vom 12. September 1847 oder die Tagung führender Liberaler im hessischen Heppenheim am 10. Oktober 1847, die anzeigten, dass es auch im Deutschen Bund kräftig rumorte. Sie lösten in Berlin jedoch keine eigenständige Bewegung aus. Erst die Nachrichten über die Pariser Februarrevolution wirkten (so eine häufig benutzte Metapher) »wie ein Blitz aus heiterem Himmel«.